

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: 896846 ppbn d  
Telefax: 9 15 20-12



## Inhalt

Klaus Daubertshäuser  
MdB zum Bundesver-  
kehrswegeplan 1992:  
Eine gigantische Luft-  
nummer?

Seite 1

Margot von Renesse  
MdB zu einer Stellung-  
nahme des Sozialbei-  
rates des Blüm-Ministe-  
riums: Geltendes Ren-  
tensystem bestraft Kin-  
dererziehung.

Seite 3

Dieter Schanz MdB zu  
den entwicklungspoliti-  
schen Fragen an den  
Weltwirtschaftsgipfel:  
München muß auf Rio  
antworten.

Seite 4

Gernot Erler MdB zu  
den Attacken auf die  
politische Klasse: Hin-  
ter dem Vorhang der  
"Politikverdrossenheit".

Seite 5

47. Jahrgang / 114

17. Juni 1992

### Eine gigantische Luftnummer? Zum Bundesverkehrswegeplan 1992

Von Klaus Daubertshäuser MdB  
Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Der Bundesverkehrsminister hat Anfang April einen ersten Vorentwurf für einen gesamtdeutschen Verkehrswegeplan veröffentlicht. Er umfaßt sowohl in der Prognose als auch in den konkreten Investitionsplanungen den Zeitraum von 1992 bis 2010 und würde für alle Verkehrsinvestitionen zusammengerechnet Bundesmittel in Höhe von 500 Milliarden DM erfordern. Der Bundesverkehrsminister feiert seinen Vorschlag bereits als Trendwende zugunsten der Bahn, weil vom Investitionsvolumen her geringfügig mehr Mittel für Schienenprojekte als für Straßenprojekte vorgesehen sind.

Zu der dadurch ausgelösten öffentlichen Diskussion ist vorab eines anzumerken: Es handelt sich bei den von Minister Krause veröffentlichten Plänen noch nicht um eine mit den Bundesländern abgestimmte und im Kabinett abgesegnete Vorlage, über die das Parlament zu entscheiden hätte. Im Moment sind zunächst die Bundesländer am Zuge, die bis Ende Juni in bilateralen Verhandlungen mit dem Bundesverkehrsminister den Umfang und die Prioritätensetzungen des Bundesverkehrswegeplans noch wesentlich umgestalten können. Parallel zu diesen Bund-Länder-Beratungen läuft die interne Ressortabstimmung innerhalb der Bundesregierung, bei der insbesondere der Bundesfinanzminister gefragt ist. Erst wenn die Bundesregierung die im Kabinett abgestimmte Gesetzesvorlage beim deutschen Bundestag eingebracht hat, kann man wirklich vom Entwurf eines Bundesverkehrswegeplans sprechen.

Was der Bundesverkehrsminister vorgeschlagen hat, kann man - ohne zu übertreiben - als gigantische Luftnummer bezeichnen. Der Planungszeitraum bis zum Jahr 2010 und das gigantische Volumen von mindestens 500 Milliarden DM machen konkrete Aussagen darüber unmöglich, was in einem überschaubaren Zeitraum tatsächlich realistische Chancen zur Umsetzung hat. Dies gilt insbesondere für die Projekte zum Ausbau des Bundesschiennetzen. Wenn es nämlich bei der geltenden Rechtslage bleibt, werden nach wie vor nur die Bundesfernstraßenbaupläne gesetzlich fixiert und haushaltsrechtlich abgesichert. Dies geschieht wie schon in den vergangenen Bundesverkehrswegeplänen über den Bedarfsplan als Anlage zum Fernstraßenbaugesetz. Die angekündigten Investitionen für die Schiene

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenloser Versand  
mit dem Abonnement  
Reguläre Preise



bleiben dagegen unverbindliche Absichtserklärungen ohne jede rechtliche und finanzielle Absicherung, wenn nicht im Zuge dieses Bundesverkehrswegeplans endlich eine rechtliche Gleichstellung von Schiene und Straße erreicht wird. So lange die strukturelle Benachteiligung der Schiene bestehen bleibt, sind die Worte des Bundesverkehrsministers über eine "Trendwende zugunsten der Schiene" nichts als unverbindliche Sprechblasen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Konsequenzen aus dieser unbefriedigenden Rechtslage gezogen und bereits Anfang Mai den Entwurf eines Schienenwegeausbaugesetzes beim Deutschen Bundestag eingebracht. Dieser Gesetzentwurf wird die Nagelprobe für die Ernsthaftigkeit von Bundesregierung und Koalition sein, endlich mit gleicher rechtlicher und finanzieller Wirkung auch den Ausbau der Schienenstrecken im Bundesverkehrswegeplan sicherzustellen.

Der SPD-Entwurf macht zugleich deutlich, daß wir an einer grundsätzlichen Aufgaben- und Ausgabenverantwortung des Staates für eine leistungsfähige Schieneninfrastruktur festhalten, die für die Straßen und Wasserstraßen seit langem unbestritten in der Verfassung verankert ist.

Die Vorschläge von Minister Krause lassen auch vom Volumen her erkennen, daß er nicht ernsthaft gewillt ist, die in den vergangenen 40 Jahren erreichte Vorrangstellung der Straße zu beseitigen. Zur Erinnerung: Seit 1960 hat die deutsche Verkehrspolitik rund 450 Milliarden DM für neue Betonpisten ausgegeben; das Fernstraßennetz wurde um mehr als ein Drittel erweitert. Zugleich wurden Bahnstrecken stillgelegt und lediglich 52 Milliarden DM in Gleisanlagen investiert, also ein Neuntel von dem, was uns die Straßen wert waren! Damit ist das Verkehrssystem Straße konkurrenzlos, das Verkehrssystem Schiene chancenlos geworden. Eine Aufholjagd zugunsten der dringend nötigen Verlagerung insbesondere von Güterverkehr auf die Schiene kann nur gelingen, wenn jetzt Schienenaus- und -neubauprojekten eindeutiger Vorrang eingeräumt wird. Eine lediglich hälftige Verteilung der Mittel auf Schiene und Straße schreibt den bestehenden Zustand auf Dauer fort.

Weiter lassen die bis jetzt vorliegenden Vorstellungen des Bundesverkehrsministers nicht einmal ansatzweise erkennen, wie er die gigantische Deckungslücke für die Finanzierung seiner Pläne schließen will. Allein bis zum Jahr 2000 stehen rund 250 Milliarden DM offen. Es liegt auf der Hand, daß die immer wieder beschworenen Privatfinanzierungspläne auch im günstigsten Fall nicht mehr sein können als der Tropfen auf dem heißen Stein. Dies gesteht die Bundesregierung selbst zu, wenn sie in einem Kabinettsbeschluß von Beginn dieses Jahres feststellt, Privatfinanzierung nach dem Konzessionsmodell komme nur für wenige Fälle als "Ergänzung zur klassischen Haushaltsfinanzierung" in Betracht. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Schließlich ist in den Vorstellungen des Bundesverkehrsministers auch eine erhebliche Schiefelage zu Lasten der neuen Bundesländer festzustellen. Wenn es in dieser Zeit unabwiesbaren Neubaubedarf gibt, dann in den neuen Bundesländern! Die Durchsetzung der dort dringend nötigen Infrastrukturverbesserungen wird jedoch verwässert, wenn der Bundesverkehrsminister im gleichen Atemzug umfangreiche Neu- und Ausbauplanungen des Fernstraßennetzes auch für die alten Bundesländer vorsieht.

Die SPD-Bundestagsfraktion hält deshalb daran fest: Abgesehen von nötigen Neubaumaßnahmen in den neuen Ländern muß sich der Bundesverkehrswegeplan im Bereich des Straßenbaus auf Ausbaumaßnahmen im Netz (mit eindeutigem Vorrang für Ortsumgehungen) konzentrieren; die Schiene bedarf dagegen eines konsequenten Ausbaus des Netzes.

Unter diesen Gesichtspunkten bereitet die Arbeitsgruppe Verkehr der SPD-Bundestagsfraktion zur Zeit die parlamentarischen Beratungen vor, die im Herbst dieses Jahres beginnen und voraussichtlich bis zum Frühjahr 1993 dauern werden. Diese Beratungen werden zeigen, wie ernst es die Bundesregierung mit ihren Absichten zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung, zum Aufbau eines integrierten Gesamtverkehrskonzepts und zu einer Eindämmung der geradezu explosionsartig verlaufenden Verkehrszuwächse nimmt. Bleibt es bei den von Verkehrsminister Krause vorgelegten Vorschlägen, kann man eine ökonomisch und ökologisch sinnvolle Umgestaltung unseres Verkehrswesens für die nächsten 20 Jahre vergessen.

(-/17. Juni 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Geltendes Rentensystem bestraft Kindererziehung**  
**Zu einer Stellungnahme des Sozialbeirates des Blüm-Ministeriums**

Von Margot von Renesse MdB

Der Sozialbeirat beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung hat erklärt, eine Reform des Rentensystems zugunsten von Kindererziehenden sei "systemwidrig" und deshalb abzulehnen; mit Kindererziehung verbundene Lasten seien aus Steuermitteln auszugleichen, nicht aber in der Sozialversicherung zu berücksichtigen.

Die Argumente, mit denen der Sozialbeirat den Vorschlag zurückweist, Kindererziehung müsse zu Rentenansprüchen berechtigen, sind bemerkenswert deutlich, aber politisch fragwürdig.

Das Rentensystem, so der Sozialbeirat, sei darauf angelegt, den im Erwerbsleben erreichten Lebensstandard auch im Alter zu erhalten (Einkommenshöhe entspricht Beitragshöhe entspricht Rentenhöhe.) Die Erziehung von Kindern wäre demgegenüber (als prinzipiell für alle Eltern gleich aufwendig) nur nach Anzahl der Kinder, nicht aber nach Höhe des gewohnten Lebensstandards in Rentenansprüche umzusetzen.

Eben deshalb hält der Sozialbeirat die Honorierung von Kindererziehung im Rentensystem für "systemwidrig".

**Zynisch gegenüber allen Eltern**

Das ist schlicht zynisch gegenüber Eltern, die nicht nur viel Geld in ihre Kinder "investieren", sondern noch dazu in der Regel auf Verdienstmöglichkeiten (meist der Frau) verzichten.

Weil sie schon während der Erwerbs-Lebensphase einen niedrigeren Lebensstandard zugunsten ihrer Kinder akzeptieren, sollen sie also nach Ansicht des Sozialbeirates gefälligst auch im Alter weniger haben.

Wer dagegen auf Kinder verzichtet und das (tendenziell höhere) Einkommen alleine verwendet, der soll bitte auch im Alter noch besser gestellt werden.

Noch deutlicher zugespitzt: Kindererziehung wird finanziell bestraft, Kinderlosigkeit belohnt. Und weil das in der Erwerbsphase so ist, muß es auch im Alter so sein - sonst wäre es "systemwidrig", meint der Sozialbeirat.

Dabei wird außer acht gelassen, daß die Schöpfer des umlagefinanzierten Rentensystems, vor allem Nell-Breuning, gleich eine Kinderkomponente vorgeschlagen haben, die Adenauer mit dem Argument vom Tisch wischte, Rentner könnten wählen, Kinder nicht.

Unbestreitbar ist: Unsere Alterssicherung ist nur so sicher, wie es eine nachwachsende leistungsfähige und leistungsbereite Generation gibt.

Investitionen in Kinder sind die "Sparleistungen" für alle umlagefinanzierten Sicherungssysteme, die eigenen monetären Beiträge für die Rentenversicherung dagegen nur die Abgeltung unserer Unterhaltsverpflichtungen an die eigene Elterngeneration - damit sparen wir nichts an, bilden wir keine renditeträchtigen Werte.

Unsere Erwartung auf Sicherheit gründet sich auf die Hoffnung, daß es eine Kindergeneration geben wird, die sich an diesem unserem Vorbild orientiert.

Worauf gründet sich die Erwartung der Kinderlosen? Daß anderer Leute Kinder in ausreichender Zahl - von diesen in dem genannten Wertesystem herangezogen - zu kollektiven Unterhaltszahlung fähig und Willens sein werden. Denn Sparleistungen, auf die sie zurückgreifen könnten, haben sie durch ihre Unterhaltsleistungen an die vorangegangene Generation ja nicht erbracht.

Die Kinder von Eltern decken den Tisch für die Generation vor ihnen - die eigenen Eltern aber dürfen sich daran nur neben anderen und in geringerem Umfang bedienen?

Da kann ich nur sagen: Ein solches System, dem Familienerechtigkeit wesensfremd ist, gehört gerade deshalb grundlegend geändert. Es war früher noch hinzunehmen, weil weitgehend alle Erwerbstätigen auch (durchschnittlich etwa zwei) Kinder aufzogen und so die Grundlage für ihre spätere eigene Rente schufen, weil sie also alle gleichermaßen die damit verbundenen Kosten übernahmen.

Aber heute bleiben etwa 30 Prozent aller Menschen kinderlos, weitere 20 Prozent haben zusammen nur ein Kind. Sie, in der Ausschöpfung ihrer Verdienstmöglichkeiten weder gehindert noch zum Teilen mit den unterhaltsberechtigten Kinder verpflichtet, profitieren im Alter von der Lebensleistung anderer.

Das nenne ich Umverteilung von unten nach oben, denn die Lasten der Kindererziehung bleiben privat, die Rendite wird kollektiviert.

Deshalb ist es nötig, die Rentenbegründung zu ergänzen: Neben den Anspruch aus monetären Beitragsleistung muß die Begründung von Rentenansprüchen aus Kindererziehung treten.

Das mag gegenüber dem geltenden Rentenrecht "systemwidrig" sein. Aber das geltende Rentenrecht ist familien- und damit gesellschaftsfeindlich; der Generationenvertrag wird dadurch ausgehöhlt.

(-/17. Juni 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **München muß auf Rio antworten**

**Zu den entwicklungspolitischen Fragen an den Weltwirtschaftsgipfel**

**Von Dieter Schanz MdB**

**Mitglied im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und  
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-EntwicklungspolitikerInnen**

Rio hat das Bewußtsein für eine umweltgerechte Weltordnung geschärft. Doch bei der Finanzierung der Entwicklungshilfe für die Dritte Welt wurde nur ein schwacher Kompromiß erzielt.

Der Gipfel hat die allgemeine Verantwortung aller Staaten und die Verpflichtung zur Solidarität klar hervorgehoben und vor allen Dingen in das Bewußtsein einer breiten Masse der Bevölkerung dieser Erde hineingetragen. Nie zuvor wurde soviel über Umweltschutz und Entwicklung und über internationale Solidarität als vorrangige Aufgabe der Regierungen der Staaten dieser Erde gesprochen. Dieses Bewußtsein ist für die Erhaltung unserer Erde von größter Bedeutung, da Regierungen nunmehr auch durchaus unpopuläre, vielleicht zunächst auch finanziell belastende Politikstrategien einfacher durchsetzen können, da sie die nötige Akzeptanz in der Bevölkerung finden.

Die Bundesregierung muß sich nach dem Gipfel in Rio auf eine solche Politik im Interesse des Umwelterhalts und der Solidarität mit den ärmeren Völkern dieser Erde auf eine solche Politik einlassen.

Dazu bedarf es konkreter Umgestaltungen in den Bereichen der Wirtschafts- und Finanzpolitik, in der Entwicklungspolitik und Umweltpolitik. Die SPD hat hierzu zahlreiche Vorschläge im Bundestag vorgelegt, zuletzt durch den zur Rio-Konferenz eingebrachten Antrag, der konkrete Vorschläge für Entwicklungspolitik und Umwelterhaltung formuliert.

Einen Beweis der Ernsthaftigkeit der in Rio von vielen Staaten und der Bundesregierung versprochenen Kehrtwendung in der Politik und ein Einlösen der vielbeschworenen neuen internationalen Partnerschaft kann beim Weltwirtschaftsgipfel in München geliefert werden, wo dann Antworten auf die Fragen zur Lösung der Verschuldungskrise, der Armut, der Umweltzerstörung gegeben werden. Nach der Problemanalyse in Rio sollte München die Rezepte und Programme liefern.

(-/17. Juni 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Hinter dem Vorhang der "Politikverdrossenheit"**  
**Zu den Attacken auf die politische Klasse**

**Von Gernot Erler MdB**

In einem Punkt vereint sich zur Zeit das ansonsten anhaltend vereinigungsspröde Deutschland: in einer gemeinsamen, fast berserkerhaften Wut auf die neu als Klasse entdeckten Politiker. Den Abgeordneten und regierenden Häuptionern wird derzeit gleichzeitig alles und nichts zugetraut: nämlich jede Form der frechen Selbstbereicherung und Null-Leistung. Es hagelt derartig durchs offene Dach, daß die einen sich in stiller romantischer Sehnsucht wenigstens die öffentliche Anerkennung eines reisenden Handlungsvertreters zurückherbeiwünschen, andere aber laut nach unabhängigen Kommissionen rufen, die endlich den Vorwurf der materiellen Selbstbedienung beenden sollen.

Neu ist ja nicht, daß Ministergehälter und Abgeordnetendiätengehälter gelegentlich kritisch nachgerechnet werden, aber diesmal sind die Symptome ernster. Da haben sich mehrere Skandale aneinander-gereiht, zunächst in Hessen, dann in Hamburg, bei denen erst öffentlicher Druck tätige Reue herbeizwang. Solche Erfahrungen machen mißtrauisch. Und jetzt muß nicht nur der saarländische Ministerpräsident, sondern bald auch jeder einfache Abgeordnete, der ohne weitere Einkünfte mit seinen Diäten seine Familie ernährt, beweisen, daß er nicht Politik macht, um ein süßes Leben zu führen. Man könnte mit den Schultern zucken und meinen: So ist das eben, daß gelegentlich alle für die Übergriffe einzelner büßen.

Könnte man, wenn da nicht republikweit immer mehr eine geradezu vergiftende Verhöhnung von Politik überhaupt inszeniert würde, und das von Zeitungen und Journalisten, von denen man dies nicht erwartet hätte. Warum passiert das gerade jetzt, wenige Monate nach dem triumphalen politischen Erfolgserlebnis von 1989? War das nicht auch ein Erfolg der westlichen politischen Kultur, an der jetzt plötzlich kein gutes Haar mehr sein soll?

Die Erklärung liegt nicht in den Skandalen, sondern in dem abrupten politischen Wetterwechsel, den völlig unvorbereitet unsere Gesellschaft jetzt durchmacht. 40 Jahre konnte das Publikum applaudieren, wie schön in Bonn die Zuwächse an (fast) alle verteilt wurden. Wer da neidisch darauf zeigte, daß die Politiker sich selber auch nicht vergaßen, konnte keinen großen Wirbel auslösen: Von der allgemeinen Wohltatenzuweisung profitieren schließlich periodisch (fast) alle. In dem "fast" steckt allerdings sozialer Sprengstoff. Wer bisher schon am Rande der Existenz lebte, hat in diesem Wetterwechsel den Absturz vor Augen.

Das Jahr 1990 beendete diesen schon als Naturgesetz verkonsumierten Dauerzustand. Katastrophal, daß Kohl den opferlosen Weg zur Finanzierung der deutschen Einheit versprach, als die kolossalen Kosten längst erkennbar wurden. Politiker sein heißt heute: Opfer verteilen müssen, an (fast) alle. Die Fassungslosigkeit der Leute über diesen Wandel wendet sich gegen die, die diesen Schock beschönigen, anstatt ehrlich sein Ausmaß anzugeben. In dem Vorwurf der "Handlungsunfähigkeit" steckt die falsche Behauptung, leistungsfähige Politiker könnten den Zwang zur Verteilung von Nettoverzichtsleistungen schon abwenden, wenn sie nur wollten. Die Wut über das Teilen müssen macht blind. Sie diskutiert eine Krise des parlamentarischen Systems herbei, die lediglich darin besteht, daß sich die Segnungen der Prosperität in dieser Ausnahmesituation nicht als so verlässlich wie bisher erweisen.

Leben wir also in einer Schönwetterdemokratie? Feiern jetzt all die bösen Geister Auferstehung, die wir schon der Geschichte zugerechnet haben, nur weil die Tagesdurchsagen der Politik unbequemer werden - für jeden sichtbar verknüpft mit dem schocktherapeutischen Prozeß der deutschen Vereinigung? Kommt jetzt etwa raus, daß auch diese zweite deutsche Republik nicht mit beiden Beinen auf demokratischem Boden steht, sondern sich stets auf wackeligem Konsumkrücken vorwärtsgetastet hat, jetzt weggeschlagen vom Revolutionsjahr 1989? Müssen wir voll neidvoller Bewunderung nach Osteuropa und weiter schauen, wo blanke materielle Not, verbunden mit dem Zwang für Millionen, sich neu zu qualifizieren und alles neu zu lernen, trotzdem nicht die Entschlossenheit beseitigt, den Umbau zur Demokratie voranzubringen?

Wer ohne Unterschied die "politische Klasse" haut, trifft das politische System. Wer nur noch fragt, welchen Stundenlohn ein Abgeordneter kriegt, ohne sich dafür zu interessieren, ob derselbe auch die Ausstattung erhält, um seine Königsaufgabe der Regierungskontrolle wahrzunehmen, der macht aus seinem versteckten Antidemokratismus schon einen sichtbaren. Kein Skandal darf unter die Decke, jede Versuchung zur Selbstbereicherung gehört ausgetrocknet. Aber die, die Einfluß auf die öffentliche Meinung haben, dürfen nicht die Ausbreitung kranker Vorstellungen betreiben, nach denen alle gegenwärtigen Übel nur von der Unfähigkeit und Habgier der Politiker kommen. Für uns alle steht noch eine große Bewährungsprobe bevor. Die unvermeidlichen Opfer so zu verteilen, daß keine Schulter darunter zusammenbricht. Wer in dieser Situation den latenten Unmut über diese Aussicht gegen die Profession Politik als solche mobilisiert, der wird - ein Stückchen self-fulfilling prophecy - bald selbsternannten Rettern und Scharlatanen als Profiteuren ausgesetzt, ja ausgeliefert sein. Wer kann das eigentlich wollen?

(-/17. Juni 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*